Auch in Ulm gehen Schüler und Studenten auf die Barrikaden gegen Vietnamkrieg, Notstandsgesetze und neonazistische Tendenzen. Bei den Wahlen 1968 erzielt die NPD in Baden-Württemberg mit knapp zehn Prozent ihren größten Wahlerfolg in der Geschichte der Bundesrepublik. Als die rechtsextreme Partei im November 1967 zu einer Großveranstaltung in der Donauhalle einlädt, demonstrieren tausende – vor allem jüngere – Ulmer dagegen. Zu dieser ersten Protestaktion haben Pfarrer und Gewerkschafter, Kriegsdienstverweigerer und Intellektuelle aufgerufen.

1968
Politisierter Generationenprotest auch in Ulm

1933

Reichsgesetzblatt

Teil I

1933	Ausgegeben zu Berlin, den 28. Februar 1933	Nr. 17

Inhalt: Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933 ..... S. 83

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Abs. 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5

Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwemmung), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (ge-

Notstands-Gesetze

1963

Drucksache IV/891 Deutscher Bundestag — 4. Wahlperiode

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen; Artikel 79 Abs. 2 des Grundgesetzes ist eingehalten:

§ 1

In das Grundgesetz werden hinter Artikel 115 folgende neue Abschnitte X a, X b und X c eingefügt:

X a. Zustand der äußeren Gefahr

Artikel 115 a

(1) Der Bundestag kann auf Antrag der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates den Eintritt des Zustandes der äußeren Gefahr feststellen, wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff droht.

Artikel 8, Artikel 9 Abs. 1 und 2 und Artikel 11 über das sonst zulässige Maß hinaus eingeschränkt werden,

b) für die Dauer des Zustandes der äußeren Gefahr die Bewohner der Bundesrepublik Deutschland über das nach Artikel 12 Abs. 2 und Abs. 3 Satz 1 zulässige Maß hinaus zu Dienst- und Werkleistungen verpflichtet werden,

c) bei Enteignungen abweichend von Artikel 14 Abs. 3 Satz 2 Art und Ausmaß der Entschädigung einer späteren Regelung vorbehalten werden,

d) für die Dauer des Zustandes der äußeren Gefahr für Freiheitsentziehungen abweichend von Artikel 104 Abs. 2 und 3 Fristen festgesetzt werden, die jedoch die Dauer einer Woche nicht überschreiten sollen.

Wir wenden uns gegen die geplanten Notstandsgesetze

Erklärung

weil sie dem freiheitlichen Geist unseres Grundgesetzes widersprechen und schon im Frieden zu einer Militarisierung des gesamten Volkes führen. Durch die geplante Grundgesetzänderung werden die der Staatsmacht gesetzten Schranken beseitigt und autoritären Bestrebungen Tür und Tor geöffnet. Man kann die Freiheit nicht dadurch verteidigen, daß man sie einschränkt oder abbaut. Schon einmal fing die deutsche Misere mit Notstandsgesetzen an. Wir sind durch bittere Erfahrungen gewarnt! Als freie Staatsbürger fühlen wir uns verpflichtet, dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzutreten, bevor es wieder zu spät ist.

Inge Aicher-Scholl, Leiterin d. Volkshochschule
Georg Baier, Missionar
Oswald Bartel, Buchhalter
Elisabeth Bayer, Hausfrau
Klaus Beer, Gerichtsassessor
Alfred Besendörfer,
Bevollmächtigter der IG Metall, Neu-Ulm
Arnold Binder, Pfarrer
Hermann Brandt, Oberstudienrat i. R.
Claus Bremer,
stellv. Intendant u. Dramaturg d. Ulmer Theaters
Friedrich Brose, Studienrat
Johannes Carnap,
Pfarrer in Riedheim (Krs. Günzburg)
Rudolf Daub, Architekt
Christoph Dinkelacker, Pfarrer in Amstetten
Margrit Dreyer, Lehrerin und Stadträtin
Franz Dürr, Chiropraktor
Dr. Wolf Duvenhorst, Facharzt
Dipl.-Ing. Fritz Eck, Direktor a. D.
Dr. Hermann Eiselen, Dipl.-Volkswirt
Theo Engels, Berufsschulpfarrer
Hans Frieder Eychmüller, Architekt BDA
Dr. Werner Eychmüller, Facharzt
Erwin Fischer, Rechtsanwalt
Ingeborg Fried, Hausfrau
Norbert Füssinger, Oberlehrer i. R.
Hans Gassebner, Kunstmaler
Julius Girmond, Stadtkämmerer i. R.
Jakob Girr, Schlosser
Otto Gotschlich,
Bevollmächtigter der IG Metall, Ulm
Günther Grzimek, Dipl. rer. hort.
Dr. Wilhelm Gundert,
Neu-Ulm, Universitätsprofessor em.
Fritz Hartnagel, Landgerichtsrat
Willy Hein, Oberlehrer
Eugen Imhof, Schreiner u. Stadtrat in Neu-Ulm
Eberhard Jetter, Oberstudienrat
Christian Kast, Bankangestellter u. Stadtrat
Albert Knelßler, Oberstudienrat
Franz Kosinski, Ausbildungsleiter
Hans Lindemann, Baumeister
Dr. Fritz Lörcher, Landgerichtsrat
Friedrich Ludwig, Textilkaufmann
Richard Marmein, Oberstudienrat
Max Maurer, Rektor
Walter Möck, Kaufmann
Alfred Moos, kaufm. Angestellter
Dr. Aloys Motan, Studienrat
Alfred Neuber, Kaufmann
Dr. Margarete Piech-Zipperlen, Fachärztin
Fritz Querengässer, Grafiker
Dr. Herbert Rieche, Studienrat
Bernhard Rövenstrunck, Komponist
Gottfried Roller, Pfarrer in Berghülen
Sebastian Setzensack, Bevollmächtigter
der Eisenbahnergewerkschaft, Ulm
Alfred Seydlitz, Oberschulrat i. R.
Dipl.-Ing. Fritz Schäfer, Architekt
Walter Schirmer, Zahnarzt
Wolfgang Schlenker, Oberstudienrat
Fridel Schmid, Fachschuldirektorin
Fritz Schwarz,
Gewerkschaftssekretär (ÖTV) und Stadtrat
Walther Schweizer, Oberstudienrat
Ulrich Speiser, Ingenieur
Dr. Gustav Spiegel, Studienrat u. Stadtrat
Dipl.-Ing. Martin Strohecker, Architekt
Carl Tempel, Pfarrer in Wippingen
Wilhelm Thony, Notar
Jürgen Uhde, Professor
Albert Unseld, Architekt und Kunstmaler
Theodor Veil, Professor
für Baukunst u. Städtebau THA em.
Ernst Weigelt, Geschäftsführender
Vorsitzender des DGB, Kreis Ulm
Otto Weltbrecht, Mathematiker
Herbert Wiegandt, Büchereileiter
Erich Wilke, Neu-Ulm, Pfarrer i. R.
Anselm Wölfling, Oberlehrer in Amstetten
Hans Zumsteg, Kaufmann

Verantwortliche Herausgeber:
Arnold Binder, Fritz Hartnagel, Jürgen Uhde

Ulmer Protestflugblatt gegen die geplanten Notstandsgesetze, 1963

Die Notstandsgesetze wurden seit 1958 geplant und nach heftigen Debatten in Parlament und Öffentlichkeit 1968 von der Großen Koalition erlassen. Per Grundgesetzänderung werden die Befugnisse der Staatsgewalt bei Notlagen ausgeweitet und die Grundrechte in Krisenzeiten eingeschränkt. Ulmer Bürger, Studentengruppen und Gewerkschaften sehen die junge Demokratie durch die Notstandsgesetze gefährdet und befürchten einen neuen autoritären Staat. Sie erinnern an das Jahr 1933, als Hitler den Rechtsstaat durch Notstandsverordnungen aushebelte. Das Flugblatt wird von vielen kritischen Ulmer Intellektuellen unterzeichnet.

Demonstration
gegen die Notstandsgesetze
am 29.5.1968 in Ulm

Bundesweit ruft die „Außerparlamentarische Opposition“ (APO) zu Massenkundgebungen gegen die Verabschiedung der Gesetze auf. Der Protest der politisierten Schüler und Studenten hilft aber nichts. Die Grundgesetzänderung wird am 30.5.1968 im Bundestag mit einer Zweidrittel-Mehrheit angenommen.

Bilder einer Schülerdemonstration gegen die Notstandsgesetze, 29.5.1968. Kontaktabzug des Fotografen Simon Resch.

Protest gegen die NPD-Versammlung in der Ulmer Donauhalle, 1967

oben links NPD-Ordner (weiße Binde) bringen am Eingang der Ulmer Donauhalle den Gegendemonstranten Heinz Kopp zu Fall, 15.11.1967
oben rechts Plakat bei der Anti-NPD-Demonstration vor der Donauhalle, 15.11.1967
Mitte Verkennt nicht die Gefahr der NPD, Ulmer Straßengraffiti, 1.9.1966
unten Kurznotiz zur Anti-NPD-Demonstration in der SDZ, 16.11.1967

Gegen die NPD demonstrierten gestern vor der Ulmer Donauhalle Tausende von meist jungen Menschen. Mit Rauchbomben und Sprechchören versuchten die Demonstranten dann in der Halle (unser Bild), eine NPD-Kundgebung mit dem Bundesvorsitzenden Adolf von Thadden zu vereiteln. (Siehe Lokalteil)

Bild: Resch

16. 11. 67

Ostermarsch in Ulm, Mitte April 1968

Seit den frühen 1960er Jahren demonstrieren Friedensaktivisten auch in Ulm gegen Wiederbewaffnung und Atomwaffen. Besonders aufgeladen ist die Stimmung im Jahr 1968: Wenige Tage vor dem Ostermarsch wurden der amerikanische Bürger-rechtler Martin Luther King ermordet und der Berliner Studentenführer Rudi Dutschke bei einem Mordanschlag lebensgefährlich verletzt. Der Berliner Student Benno Ohnesorg war im Sommer 1967 bei einer Demonstration von einem Polizisten erschossen worden.

Die junge Generation lädt zum Gespräch. Ankündigung einer Diskussionsveranstaltung im Schuhhaussaal, 26.3.1968

Studenten, Schüler, Lehrlinge, junge Arbeitnehmer diskutieren mit Vertretern der jungen Generation an den Hochschulen beim

Forum

Die Forderungen der Studenten

am Dienstag, 26. März 1968, 20 Uhr im Schuhhaussaal

mit **Rolf Pohle,** ehemals Asta-Vorsitzender und Studentenvertreter im Senat der Universität München, zur Zeit Gründungsbeauftragter des VDS für Augsburg

und **Arnulf v. Heyl,** Assistentenvertreter im Senat der Universität Tübingen.

SPD Ulm

Ulmer Polizei rechtfertigt sich

Durch Fotos eindeutig bewiesen: Konsulat sollte gestürmt werden

Polizei-Oberrat Breßmer erstattete dem Gemeinderat Bericht

Von unserem Redaktionsmitglied Willy Helmut Stengel

„Heinz Kopp rannte wie ein Bulle mit gesenktem Kopf durch den Polizeikordon und schlug mit Händen und Füßen um sich!" Mit dieser Feststellung rechtfertigte Polizei-Oberrat Breßmer gestern vor dem Ulmer Gemeinderat das Vorgehen der Polizei am 21. April vor dem Haus von Konsul Roth. Der Leiter der Staatlichen Polizeidirektion ließ im übrigen keinen Zweifel daran, daß die Polizei den Zug der Demonstranten auch dann noch gegen aufgebrachte Bürger geschützt habe, als ohne Genehmigung vom Hauptbahnhof über Bismarckplatz und Haßlerstraße zum Galgenberg weitermarschiert worden sei. Er persönlich, betonte Breßmer, habe die Verwendung des Knüppels erst angeordnet, als ein Demonstrant über Megaphon zum Sturm auf das Roth'sche Anwesen aufgefordert habe.

Die Bitte an die Polizei, dem Gemeinderat Bericht zu erstatten, ging auf einen Dringlichkeitsantrag der Fraktion der Freien Wählervereinigung zurück, den Stadtrat Udo Botzenhart begründet hatte. Einwänden, das Gremium sei nicht zuständig, begegnete Oberbürgermeister Dr. Pfizer mit einem Hinweis auf seine sachliche Weisungsbefugnis an die staatlichen Polizeibehörden der Stadt. Die Dringlichkeit wurde schließlich von allen Fraktionen bejaht.

In seiner Darstellung der Vorgänge holte Polizei-Oberrat Breßmer zunächst sehr weit aus. Er erinnerte die „Stadtväter" an die Denkmalschmierereien in der Nacht vom 26. auf 27. März und an das sich tags darauf anschließende „teach in" der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung" im Schuhhaussaal. Damals schon sei ein unangemeldeter Demonstrationszug „im Ho-Tschi-Minh-Trab" durch die Stadt vor das Haus von Konsul Roth gezogen, ohne daß sich Weiterungen ergeben hätten.

Wenig später seien Schmierereien am Eingang zur Ulmer Staatsanwaltschaft und an der Kirche in Dornstadt festgestellt worden. In der Nacht vom 6. auf 7. April hätten Unbekannte das Garagentor des Roth'schen Hauses beschmiert und gedroht: „Wir kommen am 21. April wieder!"

Polizei war gewarnt

„Wir waren also gewarnt", stellte Polizei-Oberrat Breßmer fest. Tatsächlich sei dann für den 21. April eine Demonstration von der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung" angemeldet und genehmigt worden. Sie habe vor dem Weinhof mit Ansprachen über Megaphon von Heinz Kopp und Olivia von Streit ihren Anfang genommen. 120 bis 150 Jugendliche seien zunächst diszipliniert über den Münsterplatz bis zum Hauptbahnhof gezogen. „sit-ins" hätten allerdings mehrfach den gesamten Feierabendverkehr blockiert. „Die Polizei hatte deshalb allerhand zu tun, um die Demonstranten gegen aufgebrachte Bürger zu schützen", betonte Breßmer.

Vor dem Hauptbahnhof, so berichtete er weiter, habe Kopp über Megaphon aufgefordert: „Jetzt geht's zum Konsulat!" Obwohl danach die Demonstration illegal gewesen sei, habe die Polizei „auf Grund der Verhältnismäßigkeit der Mittel" den Zug weiter geschützt. Am Bismarckplatz und in der Haßlerstraße sei der Verkehr erneut blockiert worden. Inzwischen habe er als verantwortlicher Leiter der Polizeidirektion 21 Beamte zum Schutz des Konsulats abgestellt.

„Mir ist aus Veröffentlichungen in der Presse bekannt gewesen, daß einige Demonstranten den Terror als zulässiges Mittel ansehen. Deshalb habe ich Absperrgitter im Galgenbergweg aufstellen lassen. Der Schutz des Konsulats war nach dem Polizeigesetz meine Aufgabe", betonte Oberrat Breßmer. Tatsächlich habe der Demonstrant Reimer kurz nach 18 Uhr im Galgenbergweg über Megaphon seine Mitmarschierer aufgefordert, die Barrikaden zu „stürmen". Eine Gruppe der Demonstranten sei daraufhin untergehakt auf die Absperrgitter losgegangen und habe an diesen gezerrt. Einzelne seien auch über die Gitter gesprungen. Durch neutrale Fotos von Journalisten werde das eindeutig bewiesen.

„Einsatz von Gummiknüppeln befohlen"

Nach Meinung Breßmers war es der Plan der Demonstranten gewesen, die Beamten hinter den Absperrgittern in Handgreiflichkeiten zu verwickeln, damit dann das Gros des Zuges ungehindert ins Anwesen Roth eindringen könne. Deshalb habe er den Einsatz von Gummiknüppeln befohlen. Kopp sei es trotzdem gelungen, die Polizeikette zu durchbrechen. Er sei jedoch unter Anwendung körperlicher Gewalt wieder zurückgedrängt worden, ohne indes einen Schlag mit dem Knüppel bekommen zu haben. Auch die 18jährige Olivia von Streit sei, wenn überhaupt, nur unbeabsichtigt geschlagen worden. Sie habe sich in die Handgreiflichkeiten zwischen Kopp und einigen Polizeibeamten eingemischt.

Breßmer wies die Behauptung, die Absperrgitter seien „eine Provokation" gewesen, zurück. „Sie war die optische und mechanische Grenze und haben den Demonstranten bedeutet, daß kein weiteres Vordringen geduldet wird. Außerdem haben sie einen Abstand zwischen Polizei und Demonstranten geschaffen!"

Der Chef der Ulmer Polizei gab zuletzt auch offen zu, gegen eine Reihe von 18- bis 23jährigen, „die ihr Ziel unbedingt erreichen wollten", sei mit Schlagstöcken vorgegangen worden. Die Polizei wäre anders nicht mehr Herr der Lage geblieben, verteidigte sich Breßmer. Er machte abschließend den Gemeinderat darauf aufmerksam, daß in der Nacht zum gestrigen Dienstag das Artillerie-Denkmal am Illerblick erneut beschmiert worden sei. Man könne nur hoffen, daß es gelinge, die Täter zur Verantwortung zu ziehen.

Botzenhart: Dank an die Polizei

Stadtrat Botzenhart sprach nach den Ausführungen von Polizei-Oberrat Breßmer von „gezielten Aktionen der APO". Zwar bejahe seine Fraktion das Demonstrationsrecht, wer aber das Gesetz übertrete, müsse mit dem Einsatz der Polizei rechnen. „Hinterher ist das Jammern und Wehklagen nicht berechtigt!" In aller Welt würden ausländische Konsulate von der Polizei geschützt.

„Warum soll das in Ulm anders sein?" fragte Botzenhart und stellte den Antrag, der Gemeinderat möge das Vorgehen der Polizei am 21. April ausdrücklich billigen und den Beamten seinen Dank für ihr überlegtes und besonnenes Verhalten aussprechen.

Dagegen wandte sich sofort Stadtrat Wolfgang Feuerstein, weil er sich durch einige Äußerungen Botzenharts provoziert fühlte. In der Sache stimme er zwar zu, bekannte der SPD-Sprecher, denn „selbstverständlich muß Ordnung sein", aber das Verfahren gefalle ihm nicht. Deshalb verlange er eine zweite Beratung über den Antrag der FWG-Fraktion in der nächsten Gemeinderatssitzung, die voraussichtlich am 16. Mai stattfinden wird.

Für einen solchen Geschäftsordnungsantrag genügen bereits fünf Stimmen, so daß eine Abstimmung über den Antrag Botzenhart gestern nicht mehr möglich war. „Wir von der SPD fühlen uns völlig zu Unrecht angegriffen. Nur deshalb machen wir von der Geschäftsordnung Gebrauch", rechtfertigte sich Stadtrat Feuerstein. Und die Mitglieder seiner Fraktion unterstützten ihn einhellig.

Oberbürgermeister Dr. Pfizer bedauerte die Verschiebung der Abstimmung zwar, wies aber achselzuckend auf die Gemeindeordnung hin, die ihm die Hände binde. Erst am 16. Mai kann also das Stadtparlament — wie erwartet werden darf — der Ulmer Polizei Dank und Anerkennung aussprechen. Ob das einstimmig geschehen wird, bleibt abzuwarten.

Künftig einmal im Monat: Fragestunde

Der Ulmer Gemeinderat wird künftig allmonatlich eine „Fragestunde" abhalten, die vor Beginn der eigentlichen Tagesordnung den Stadträten die Gelegenheit geben soll, sich von der Verwaltung bei aktuellen Anlässen unterrichten zu lassen. Alle Fragen müssen spätestens fünf Tage vor der Sitzung eingereicht werden, damit sich die Dienststellen der Stadtverwaltungen und der Stadtwerke auf die gewünschte Antwort vorbereiten können. Im Plenum sollen jeweils drei Zusatzfragen gestattet werden, um eine völlige Klärung der aufgeworfenen Probleme zu erreichen. Damit folgt Ulm dem Beispiel vieler anderer Städte, die mit dieser Einrichtung bereits gute Erfahrungen gemacht haben. Ste

Die Presse berichtet über die Eskalation der Demonstration vor dem griechischen Konsulat. Die Aktion wird auch Gegenstand einer Sitzung im Ulmer Gemeinderat, wo gegenüber der APO und ihren Wortführern, dem Kriegsgegner Heinz Kopp sowie dem Schüler Klaus Funke („Unabhängiger Sozialistischer Schülerbund") teilweise blanke Ablehnung, teilweise aber auch vorsichtiges Verständnis geäußert wird.

Südwest Presse, 22.4.1969

Aufruf zur Demonstration gegen die griechische Militärdiktatur, 21.4.1969

Auf dem Weinhof treffen sich Ulmer Demonstranten am 21. April 1969, um mit einem Protestzug durch die Innenstadt vor das damalige griechische Konsulat am Galgenberg zu ziehen. Dort fordern die mehr als 100 Jugendlichen den Rücktritt des amtierenden Konsuls Artur Roth. Sie klagen ihn als Vertreter der griechischen Militärdiktatur massiver Menschenrechtsverletzungen an und nehmen dabei dezidiert Bezug auf die deutsche Geschichte.

Sitzblockade vor dem Hauptbahnhof, 21.4.1969

Länger als zehn Minuten blockieren die Demonstranten mit einem „Sit-in" vor dem Ulmer Hauptbahnhof den Feierabendverkehr. Es kommt zu Hupkonzerten und Handgreiflichkeiten zwischen Verkehrsteilnehmern und Demonstranten.

Graffiti am Kriegerdenkmal
an der Kreuzung Karlstraße/
Stuttgarter Straße,
März 1969

Südwest Presse,
30.4.1969

Denkmalschmierer wieder am Werk

Artillerie-Denkmal von Unbekannten mit roten Lettern verunziert — Über 1000 DM Schaden

Ulm (bh). Zum zweiten Male innerhalb kurzer Zeit haben Unbekannte in der Nacht von Montag auf Dienstag das Artillerie-Denkmal am Illerblick (Unterer Kuhberg) mit Sprüchen verschmiert. In großen, grellroten Lettern stehen an den Wänden Sprüche wie „Thilo ist ein Faschist", „Die Bundeswehr macht impotent", oder, auf einer Seite etwas verdeckt, ein Judenstern. Kommentar eines Passanten: „Solche Burschen gehören in die Eisenbahn verladen und in den Osten verschickt." Die Polizei schätzt den Schaden auf über 1000 DM, da diesmal die rote Farbe eingespritzt wurde. Sie ist nur schwer zu entfernen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei dauern noch an.

Bilder (3): Hörger

Im Frühjahr 1969 sprühen Unbekannte mehrfach antimilitaristische und antifaschistische Parolen auf das Artilleriedenkmal am Unteren Kuhberg. Offen wie nie zuvor kritisieren sie damit militärische Traditionslinien. Dabei prangern sie auch den in Ulm hoch angesehenen Generalleutnant des II. Korps, Karl Wilhelm Thilo an, der im Zweiten Weltkrieg in Kriegsverbrechen involviert war. Argumentativ erfahren die Denkmalstürmer Unterstützung aus dem kleinen Kreis älterer Kritiker am gängigen Umgang mit der NS-Vergangenheit, in der Bevölkerung stößt die Aktion jedoch auf große Ablehnung.